

# BERATUNGSANSATZ

## AUSUCHENDE BERATUNG



1 Community- und Sprachkompetenzen  
Zugang zu bereits etablierten digitalen Kommunikationsorten  
Identifikation von relevanten Fragen in den Social Media Spaces



2 Juristisch geprüfte Erstinformation und Verweisberatung  
Aufbau der (Beratungs)reputation  
Korrektur von Falschinformationen

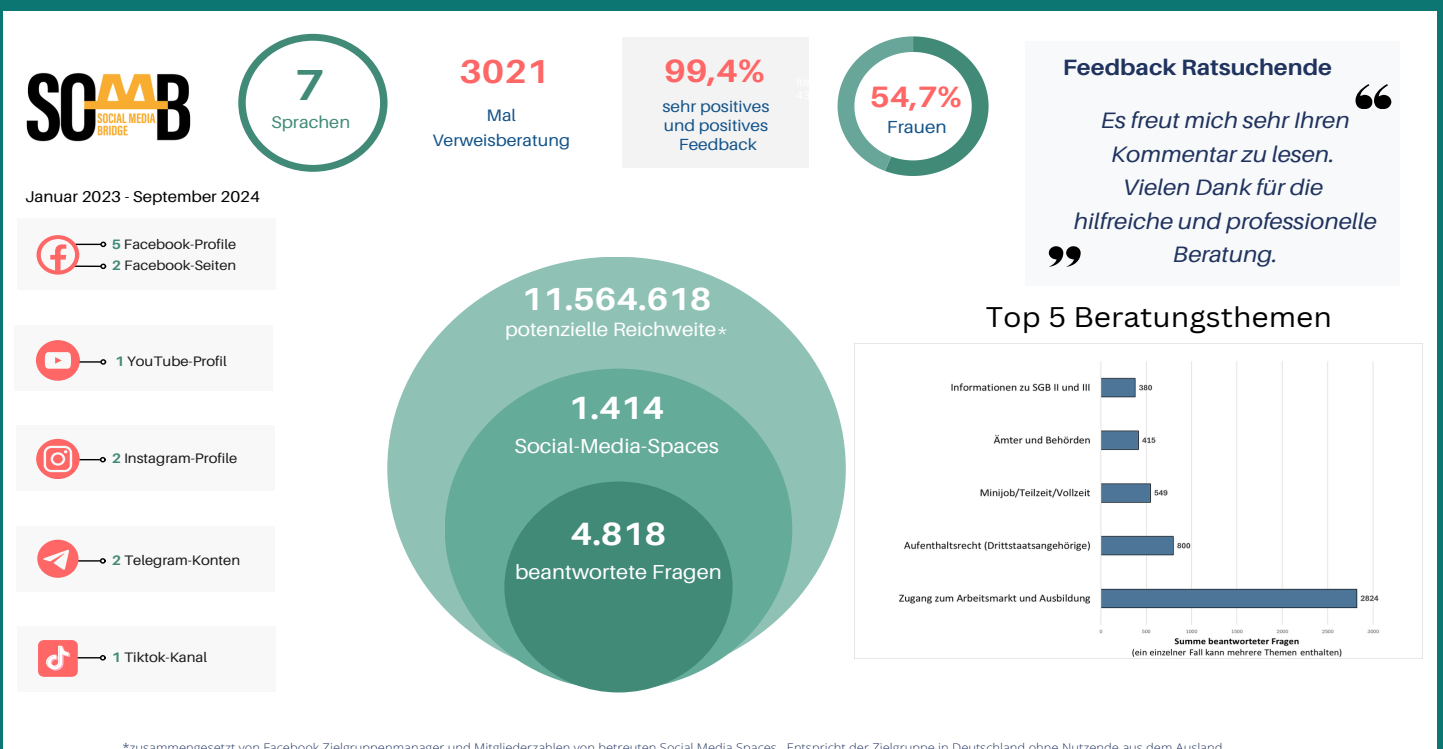


3 Qualitätssicherung und Dokumentation  
Empirische Erfassung und Kategorisierung der Fragen  
Auswertung der Reaktionen

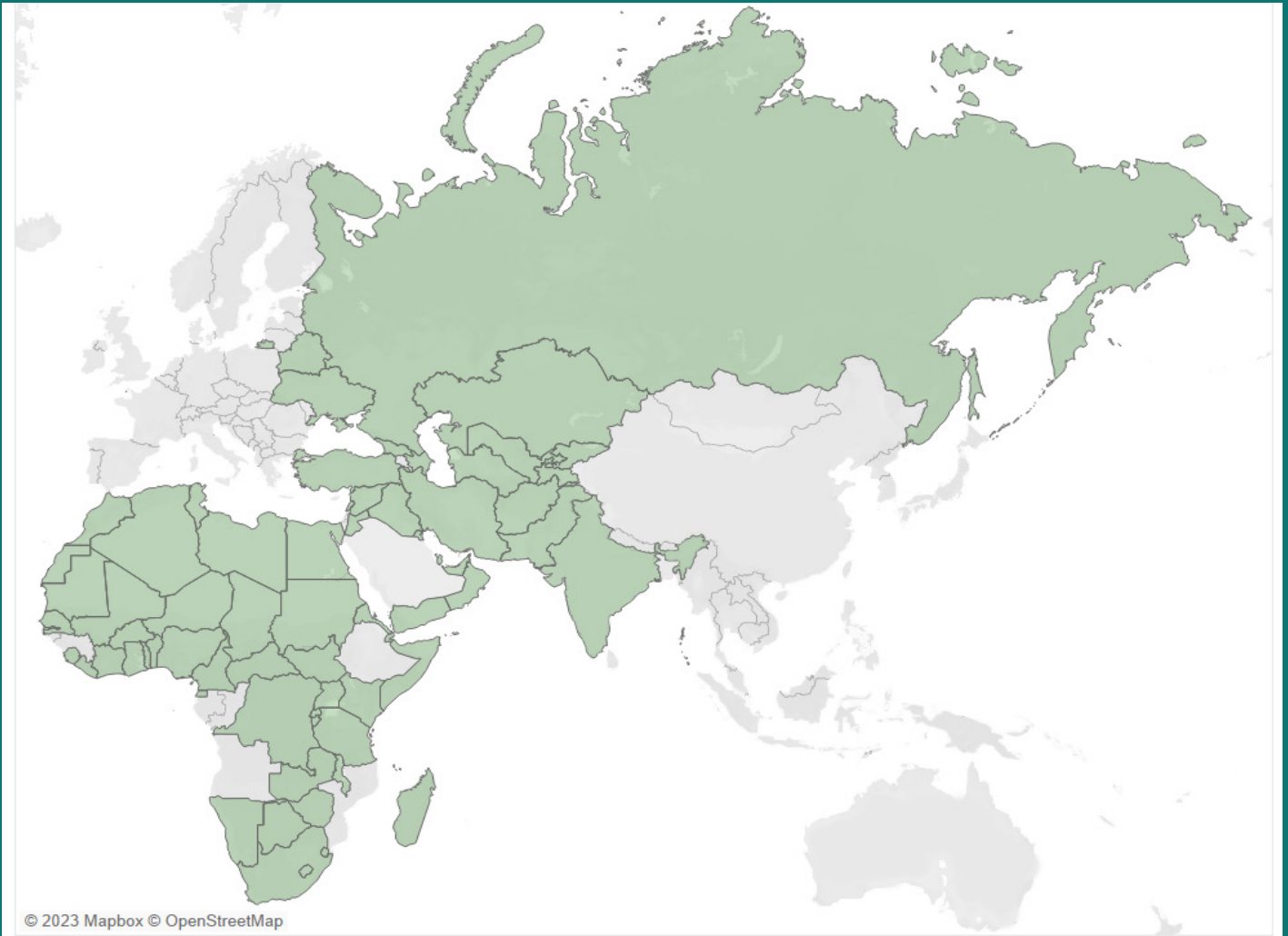
# PROJEKT SOCIAL MEDIA BRIDGE

Das Modellprojekt Social Media Bridge bietet aufsuchende und juristisch geprüfte Erstinformation und Verweisberatung in den sozialen Medien für Geflüchtete zum Thema Arbeiten in Deutschland an. Der Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Geflüchteten bei der Jobsuche sowie

der Förderung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt entsprechend ihrer Qualifikationen. Ziel ist es, die Geflüchteten zu erreichen, die noch nicht von den lokalen WIR-Netzwerken erreicht wurden. Darüber hinaus werden Fehlinformationen korrigiert und Hasskommentare gemeldet.



# HERKUNFTSLÄNDER



## BERATUNGSSPRACHEN

Arabisch, Englisch, Französisch,  
Kurdisch, Persisch, Russisch,  
Türkisch, Ukrainisch

Das Projekt ist Teil des Berliner  
WIR-Netzwerkes Bridge.

Im Rahmen des Bundesprogramms „WIR –  
Netzwerke integrieren Flüchtlinge in den  
regionalen Arbeitsmarkt“ unterstützt das  
Projekt die teilnehmenden  
Netzwerke durch Vernetzung, Schulungen  
und Handreichungen beim Ausbau ihrer  
Online-Kompetenzen.

STAND: SEPTEMBER 2024 © MINOR

## KONTAKT



Minor – Projektkontor für Bildung  
und Forschung gemeinnützige GmbH  
Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann  
Alt-Reinickendorf 25  
13407 Berlin

Projekt Social Media Bridge  
Agnieszka Skwarek  
a.skwarek@minor-kontor.de  
[www.minor-kontor.de/social-media-bridge](http://www.minor-kontor.de/social-media-bridge)

Das Projekt „bridge – Berliner Netzwerk für Bleiberecht“ wird im Rahmen des Programms „WIR – Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert und aus Berliner Landesmitteln kofinanziert.

Gefördert durch:



Weiterer Förderer:

